

Satzung
über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Nordpark
vom 5. Juli 2001

(Abl. MG S. 145)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV. NRW. S. 245), - SGV. NRW. 2023 - und des § 142 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, ber. 1998, S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3108), wird gemäß Beschluss des Rates der Stadt Mönchengladbach vom 4. Juli 2001 folgende Satzung erlassen:

§ 1 Festlegung des Sanierungsgebietes

(1) Es soll eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme im Teil des Stadtgebietes (Nordpark) durchgeführt werden, das – grob umschrieben – wie folgt umgrenzt wird (im Uhrzeigersinn beschrieben, beginnend mit der Autobahnabfahrt Mönchengladbach/Rheindahlen):

1. nach Südosten hin durch die Aachener Straße (teilweise beidseitig), die Gladbacher Straße, die Lady-Ada-Lovelace-Straße und die Nordwestseiten des militärischen Verfügungsgeländes sowie der Bebauung an der Flachsbleiche,
2. nach Südwesten hin durch die Straße Dorthausen, teilweise beidseitig,
3. nach Westen hin durch die westliche Begrenzung des ehemaligen Militärgeländes bis zur Straße K 4, die Straße K 4, die Straße von Hehn nach Rönnetter bis zur A 61 und die A 61,
4. nach Norden hin durch die B 230,
5. nach Osten hin durch die Straße Rönnetter Ring, teilweise beidseitig, die Straße von Rönnetter zur Müllumladestelle Heidgesberg und die A 61 bis zur Aachener Straße.

Das Gebiet und seine Umgrenzung ergeben sich aus dem als Bestandteil zu dieser Satzung gehörenden Plan.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Gebiet wird hiermit förmlich als Sanierungsgebiet festgelegt und erhält die Bezeichnung: „Sanierungsgebiet Nordpark“.

§ 2 Vereinfachtes Sanierungsverfahren

Die Anwendung der §§ 152 bis 156 a BauGB wird ausgeschlossen.

§ 3 Ausschluss der Genehmigungspflicht

Die Genehmigungspflicht nach § 144 BauGB wird ausgeschlossen.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung wird mit der Bekanntmachung rechtsverbindlich.